

RUSSISCHE REVOLUTION (II): Im Ersten Weltkrieg unterstützte das Deutsche Kaiserreich massiv die Bolschewiki. Wilhelm II. wollte den Zaren stürzen helfen, um einen Sieg an der Ostfront zu erzielen. Der zweite Teil der Serie be-

schreibt, wie Lenin und seine Gefolgschaft von der Berliner Hilfe profitierten. Doch die Dankbarkeit der Bolschewiki hielt sich in Grenzen – bald versuchten sie, die Revolution auch nach Deutschland zu tragen.

„Nie war Russland käuflicher“

Lenin hätte ohne Hilfe des Deutschen Kaiserreichs das erste Regierungsjahr nicht überstanden.



Revolutionsführer Lenin (M., in Moskau 1918): „Ihr müsst diesen Schandfrieden unterschreiben“

Wenige Stunden nach der berühmten russischen Oktoberrevolution am 7./8. November 1917 trafen im Auswärtigen Amt beunruhigende Nachrichten ein. Der Russlandexperte der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, Kurt Riezler, meldete nach Berlin, er habe erfahren, dass in Petrograd eine Hungersnot drohe und „die Bolschewiki jeden Tag gestürzt werden“ könnten.

Seit Mitte des Ersten Weltkrieges hatten das Auswärtige Amt und der Generalstab auf einen Regimewechsel in Petrograd hingearbeitet und dafür auch Lenin und seine Bolschewiki mit Geld und anderen Hilfsmaßnahmen unterstützt. Von diesen erhofften sich die Strategen einen günstigen Friedensschluss. Sollte das nun alles umsonst gewesen sein?

Karrierediplomat Riezler, seit kurzem zuständig für die deutsche Revolutionierungspolitik im Zarenreich, forderte sofort vom Auswärtigen Amt „zu bekannten Zwecken Übersendung zwei Millionen Krieganleihe“ an Lenin. Schon am ersten Wochenende der Sowjetherrschaft machten sich Feldjäger mit einer Tranche auf den Weg, die Riezler weiterleitete; weitere 15 Millionen Mark wurden sogleich „für politische Propaganda in Russland“ bereitgestellt. Als Direkthilfe stachen von Dänemark aus Dampfer mit Kartoffeln für Petrograd in See.

Unter Historikern herrscht weitgehend Einigkeit, dass es für die Bolschewiki leichter war, die morsche Provisorische Regierung zu stürzen, als anschließend die Macht zu behaupten und in ganz Russland durchzusetzen. Die staatliche Verwaltung brach nach der Oktoberrevolution zusammen, überall fehlte es am Nötigsten: Getreide, Kohle, Kleidung. Im Norden Russlands, auch in Sibirien und in den südlichen Teilen des ehemaligen Zarenreichs sammelten sich Gegner des neuen Regimes. Schon bald versank die einstige Großmacht in Anarchie und Bürgerkrieg.

Das Kaiserreich unter Wilhelm II. trug einerseits zu dem Chaos bei, denn deutsche Truppen hielten beträchtliche Teile des ehemaligen Zarenreichs besetzt. Aber zugleich investierten die Diplomaten Seiner Majestät Millionen, um die Bolschewiki in Zentralrussland an der Macht zu halten, weil nur diese bereit waren, einen deutschen Siegfrieden zu akzeptieren – und weil niemand in Berlin glaubte, dass ein real existierender Sozialismus auf die Beine kommen würde: „Die militärische Paralyse Russlands, die besorgen die Bolschewiken besser und gründlicher als jede andere russische Partei“, urteilte einer der häufig wechselnden Staatssekretäre des Auswärtigen

Amts, wie der deutsche Außenminister damals genannt wurde.

Über den Partner in Petrograd hegten die deutschen Russlandexperten dabei wenig Illusionen. Die Bolschewiki wollten „die revolutionäre Diktatur eines kleinen Komités entschlossener Führer“, notierte Riezler. Falls deren Herrschaft Bestand habe, „dürften dem Land Schrecken bevorstehen, wie sie auch Frankreich unter Marat kaum gekannt hat“. Der Jakobiner Jean Paul Marat hatte während der Französischen Revolution Furcht und Schrecken verbreitet. Riezlers Notiz stammt vom 12. November 1917, da lag die Zahl der von den Bolschewiki Ermordeten noch im niedrigen dreistelligen Bereich.

Für das Kaiserreich zählte nur, dass die Regierung Lenins in ihren ersten Wochen zwei besondere Dekrete verkündete: In dem einen forderte sie sofortige Verhandlungen für einen „gerechten demokratischen Frieden“; es wendete sich zwar an alle Kriegsparteien, aber die Entente ging nicht darauf ein, und somit lief alles auf einen Sonderfrieden zwischen Russland und den Mittelmächten zu.

Das andere Dekret postulierte das Selbstbestimmungsrecht der Völker und löste damit im Prinzip das Zarenreich auf. Finnien, Esten, Ukrainer oder Georgier konnten sich darauf berufen, wenn sie eigene Staaten gründen wollten – und genau das war Wilhelm II. und seinen Strategen nur zu recht, um sich Osteuropa und den Kaukasus als Einflussphäre zu sichern.

Allerdings stand die Regierung Seiner Majestät vor dem Problem, dass ihre bolschewistischen Schützlinge eigene Vorstellungen verfolgten. Trotzki und Lenin wollten lieber mit deutschen Sozialdemokraten aus dem Reichstag als mit den Imperialisten aus der Wilhelmstraße über Waffenstillstand und Frieden verhandeln. Verärgert drohte Riezler seinem Verbindungsmann zu Lenin, Berlin könne auch



Kaiser Wilhelm II., General Hindenburg*
Deutsche Siedler auf der Krim

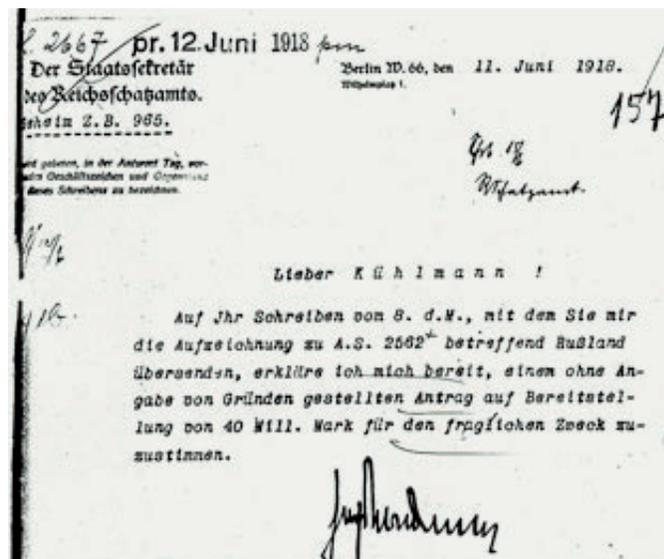
erklären, eine Einigung mit den Bolschewiki sei nicht möglich. Sowohl die Bolschewiki wie die Deutschen glaubten damals, dass eine solche Erklärung den Sturz Lenins bedeutet hätte. Dessen Ankündigung, den Krieg zu beenden, war seine mit Abstand populärste Maßnahme.

Kein Wunder, dass sich Lenins Emissäre dann doch lieber mit den Abgesandten des Kaisers an einen Tisch setzten, zumal diese auch mit dem Scheckbuch lockten. Riezler hatte Prokura, sowohl seinen bolschewistischen Gesprächspartnern in Stockholm persönlich als auch der Regierung in Petrograd Finanzhilfe in Aussicht zu stellen.

Es wird vermutlich nie zu klären sein, welche Summen das kaiserliche Deutschland Ende 1917 den Bolschewiki zuleitete.

Das es erhebliche Beträge waren, steht außer Zweifel. Im Archiv des Auswärtigen Amts findet sich dazu ein erstaunliches Dokument. Am 25. November 1917 telegraphierte der Verbindungsmann des Auswärtigen Amts im Hauptquartier in Bad Kreuznach nach Berlin:

„Jetzige Petersburger Regierung hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Banken verweigern ihr jegliche finanzielle Unterstützung, deren Regierung zur Beschaffung der Lebensmittel für Volk und Heer dringend bedarf ... Gelingt es ihr durch dringend benötigtes Geld, der Schwierigkeiten Herr zu werden und ihre Losung in Volk und Heer durchzusetzen, so wird sie



Brief an Staatssekretär Kühmann (1918): „Betreffend Rußland“

* Bildpostkarte, um 1915.

Verhandlungsdelegationen in Brest-Litowsk* Lange revolutionäre Reden

sich halten können, bis Waffenstillstand geschlossen ist. Dies hat Lenin erkannt, deshalb wendet er sich an uns ... Oberste Heeresleitung hält es für sehr erwünscht, wenn es gelänge, der Leninschen Regierung Geld zuzuführen.“

Das Auswärtige Amt drahtete zurück: „Wegen Geldunterstützung für Bolschewiki wird weiteres veranlasst.“ Wenige Tage später hielt Riezler fest, dass die Bolschewiki „nunmehr Geld haben“.

Bald darauf begannen die gewünschten Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk (heute Brest in Weißrussland), dem Sitz des deutschen Oberbefehlshabers Ost.

Mit 28 Mitgliedern traf die russische Delegation ein. Es war eine muntere Truppe, politisch halbwegs korrekt zusammengesetzt. Ein Matrose zählte dazu, ein Arbeiter und auch ein Bauer, den die Delegation auf der Straße aufgegriffen hatte, weil man einen Landmann dabeihaben wollte.

Normalerweise dauerten solche Waffenstillstandsverhandlungen wenige Tage, doch die Bolschewiki wollten auch für ihre Sache werben. Alle Äußerungen wurden daher veröffentlicht, was lange revolutionäre Reden zur Folge hatte. Erst nach fast zwei Wochen einigten sich beide Parteien endgültig.

Noch Jahre später spottete General Max Hoffmann über die gemeinsamen Mittagessen, bei denen der Arbeiter „sichtliche Schwierigkeiten“ mit dem Besteck hatte. Die Gabel nutzte der Mann nur zum Reinigen der Zähne. Und der Bauer – laut Hoffmann „mit langen grauen Locken und einem urwaldähnlichen riesigen Vollbart“ – erwiderte auf die Frage der servierenden Ordonnanz, ob er Rot- oder Weißwein bevorzuge, er wolle den stärkeren.

Die Aussicht auf einen baldigen Frieden regte die kaiserliche Phantasie an. Wilhelm II. gab Order, Außenstaatssekretär Richard



AKG

von Kühlmann möge „versuchen, ob wir mit Russland nicht in eine Art Bündnis- und Freundschaftsverhältnis kommen könnten“.

Der selten um eine schräge Idee verlegene Monarch hatte schon mit den Militärs darüber gesprochen, die scheinbar zustimmten. „Ordnung des Verkehrswesens Russlands mit deutscher Hilfe“, „finanzielle Unterstützung des Aufbaues Russlands“, „enge wirtschaftliche Beziehung“ – solche freundlichen Formulierungen finden sich in Richtlinien der Generäle für die anstehenden Friedensverhandlungen.

Als zwei Tage vor Weihnachten 1917 die Gespräche in Brest-Litowsk begannen, erklang allerdings ein anderer Ton. Finnland und die Ukraine, beide gehörten zum Zarenreich, hatten sich bereits für unabhängig erklärt oder standen kurz davor, und in den bald dort tobenden Bürgerkriegen unterstützten die Deutschen die nationalen Bewegungen gegen die Bolschewiki. In Brest-Litowsk nahmen Wilhelms Diplomaten und Offiziere nun Lenins Proklamation vom Selbstbestimmungsrecht der

Völker beim Wort und schlugen vor, auch Polen und das Baltikum abzuspalten. De facto sollten diese Gebiete der deutschen Einflussphäre zugesprochen werden.

Die russische Delegation war wie vor den Kopf geschlagen und bat um eine Auszeit. Trotzki regte an, den Krieg einfach für beendet zu erklären und sich ansonsten zu weigern, einen „annexionistischen Frieden zu unterschreiben“. Und so geschah es zunächst.

Von einem Bündnis mit Lenin wollte der Kaiser nichts mehr hören, der nun immer radikaler wurde. „Bolschewiki wollen Revolution, wollen großen Arbeiterbrei machen“, schimpfte Wilhelm und plädierte fürs „Totschlagen“.

Am 18. Februar 1918 begann Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg mit der „Operation Faustschlag“. In nicht einmal zwei Wochen stießen deutsche Truppen in einem riesigen Bogen vor, der vom Baltikum im Norden über Weißrussland und die Ukraine bis an den Don reichte. Die Operation band zwar rund eine Million

* Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens 1917.

Bündnis auf Zeit

Lenins Sieg über Kaiser und Zar

6. Dezember 1917 Finnland erklärt sich für unabhängig. Einheimische Verbände kämpfen in der Folge mit deutscher Unterstützung gegen die im Lande stationierten russischen Einheiten und finnische Bolschewiki.

3. bis 15. Dezember 1917

Russland und das Deutsche Reich verhandeln in Brest-Litowsk über einen Waffenstillstand.

Deutsche Truppen in Kiew / Ukraine, März 1918



RIA NOVOSTI/AGF

22. Dezember 1917 Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Außer Russland und den Mittelmächten nehmen Bulgarien, die Türkei und zeitweise die Ukraine teil. Diese schließt am 9. Februar einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten.

18. Januar 1918

Die Verfassungsgebende Versammlung, in der die Bolschewiki rund ein Viertel der Stimmen haben, tritt zusammen. Lenin lässt die Versammlung wenig später auflösen und wandelt die russische Sowjetrepublik in eine Föderation um, Vorläufer der Sowjetunion.

22. Januar 1918

Das ukrainische Parlament erklärt die Ukraine für unabhängig. Eine bolschewistische Gegenregierung erobert Kiew, wird ihrerseits jedoch von deutschen Truppen vertrieben.

10. Februar 1918

Trotzki erklärt den Kriegszustand für beendet, ohne die deutschen Friedensbedingungen anzunehmen. Deutsche Truppen stoßen in der Folge bis ans Asowsche Meer vor.

3. März 1918 Im Frieden von Brest-Litowsk verzichtet Russland auf territoriale Ansprüche in Polen,



Soldaten, die an der Westfront dringend benötigt wurden. Aber Hindenburg erreichte sein Ziel. Am 3. März unterzeichneten die Bolschewiki dann doch das Friedensdiktat von Brest-Litowsk.

Russland musste ein Gebiet fast so groß wie Argentinien abtreten; rund ein Drittel der Einwohner, beinahe die gesamte Kohle- und Erdölförderung und beträchtliche Teile der Industrie gingen verloren. Und trotz des Friedens ließ Hindenburg seine Truppen bis auf die Krim und zum Donez-Becken marschieren, um sich Rohstoffe zu sichern.

Doch aus Lenins Sicht gab es keine Alternative, wie er den widerstrebenden Genossen einhämmerte: „Ihr müsst diesen Schandfrieden unterschreiben, um die Weltrevolution zu retten, um ... ihren einzigen Brückenkopf zu erhalten – die Republik der Sowjets.“

Als wichtigster Verbündeter Lenins in der damals heillos zerstrittenen deutschen Führung erwies sich das Auswärtige Amt. Hindenburg und seine Generäle träumten

von deutschen Siedlern auf der Krim und hätten die Bolschewiki am liebsten zum Teufel gejagt, weil sie ein Übergreifen der Revolution auf Deutschland fürchteten. Außenstaatssekretär Kühlmann vertrat hingegen einen Imperialismus light. Eine halbwegs maßvolle Verständigung mit Russland sollte den Weg zu einem Gesamtfrieden ebnen. Dafür brauchte Kühlmann die Bolschewiki.

Selbst während der „Operation Faustschlag“ riss die Verbindung zwischen dem Auswärtigen Amt und den Bolschewiki nicht ab. So findet sich im Archiv des Auswärtigen Amtes eine Anweisung der Zentrale an Riezler. Der Diplomat sollte über seine Verbindungen Lenin warnen. Die Entente-Mächte trügen „sich mit dem Gedanken, die sibirische Eisenbahn bis zum Ural von japanischen Truppen besetzen zu lassen“, und hätten bereits Kontakt zu Gegnern Lenins in Südrussland geknüpft.

Solange die Front Osteuropa durchschnitten, hatten sich die deutschen Stel-

len Mittelsmännern bedient wie dem Millionär Alexander Helphand und den Umweg über das neutrale Skandinavien gewählt, um die Bolschewiki zu unterstützen. Nach dem Waffenstillstand eröffneten die Deutschen eine Gesandtschaft in Petrograd, dann auch eine Botschaft in Moskau, das seit März 1918 Hauptstadt war. Helphand, der sich große Hoffnungen auf eine führende Rolle im neuen Russland gemacht hatte, wurde nun von Lenin geschnitten.

Die in Russland tätigen Diplomaten der Wilhelmstraße hatten Anweisung, die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki zu pflegen. Oppositionelle, die auf Unterstützung durch das Hohenzollernreich setzten und in dieser Absicht zu Dutzenden vorsprachen, bekamen bestenfalls hinhaltende Auskünfte. Alle Parteien außer den Bolschewiki, erklärte Botschafter Wilhelm Graf von Mirbach diese Haltung, würden

nur „wieder (die) Revision (des) Brester Friedens mit Hilfe (der) Entente erstre-

Litauen und Kurland und erkennt die Unabhängigkeit der Ukraine und Finnlands an. Sowjetrussland verliert damit etwa ein Drittel der Bevölkerung und beträchtliche Teile seiner industriellen und landwirtschaftlichen Ressourcen.

9. März 1918

Britische Truppen landen in Murmansk. Damit beginnt die alliierte Intervention im russischen Bürgerkrieg.

12. März 1918

Moskau wird Hauptstadt.

6. Juli 1918 Linke Sozialrevolutionäre erschießen den deutschen Botschafter Wilhelm Graf von Mirbach und starten einen Aufstand gegen die Bolschewiki, den diese niederschlugen.

17. Juli 1918

Zar Nikolai II. und seine Familie werden in Jekaterinburg erschossen.

Juli bis Oktober 1918

Im Bürgerkrieg erobern verschiedene antibolschewistische Gruppen beträchtliche

Gebiete. Am 6. August fällt Kasan. Lenin wird am 31. August bei einem Revolverattentat schwer verwundet, eine Welle Roten Terrors folgt.

27. August 1918

Im Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden verzichtet Russland auf Estland und Livland und verpflichtet sich, sechs Milliarden Mark zu zahlen. Deutschland verzichtet im Gegenzug auf die Unterstützung der Gegenrevolution.

5. November 1918

Abbruch der Beziehungen zwischen dem Reich und Sowjetrussland.



Lenin in Moskau, August 1918

11. November 1918

Der Waffenstillstand mit den Westmächten sieht den Verzicht der Deutschen auf den Brester Frieden vor. Zwei Tage später annulliert Lenin den Vertrag von Brest-Litowsk; die Rote Armee marschiert in die zuvor von Deutschen besetzten Gebiete ein.

ben“. Dem stimmten widerstrebend auch der Kaiser und die Generäle zu.

Graf Mirbach war ein Aristokrat alter Schule mit guten Manieren, der sich mit den Umgangsformen der Bolschewiki schwertat. Über seinen ersten Besuch in Lenins Zentrale im Smolny-Institut noch in Petrograd – einer ehemaligen Bildungsanstalt für junge adlige Damen – schrieb Mirbach an das Auswärtige Amt:

„Man hatte Mühe, sich einen Weg durch die endlosen Korridore zu bahnen, die von einer dichtgedrängten Menge angefüllt sind, welche von den augenblicklichen Machthabern irgendeinen Vorteil ergattern will.“ In den Fluren stapelten sich „eine reiche Auswahl von Propaganda-Schriften und maximalistischen Zeitungen ... auf jedem Treppenabsatz steht ein Doppelposten der Bürger-(Roten)Garde, meist recht fragwürdige Gestalten mit aufgepflanztem Seitengewehr, eine Pappschachtel als Patronenkasten mit Bindfaden um den Leib befestigt. Endlich geht es durch einen engen Gang, wie sie sich vor Schaltern befinden, zu Lenins Arbeitsraum, und die an diesem wichtigsten Posten diensttuenden Bürgersoldaten halten dem Besucher die gekreuzten Bajonette genau in Nasenhöhe entgegen“.

Als Mirbach Lenins Büro erreichte, erfuhr er, dass der Regierungschef außer Haus weilte.

Die Beschreibungen Mirbachs erinnern an Szenen aus Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“. Die einst herrschaftlichen Palais St. Petersburgs seien „hermetisch verschlossen oder zu gemeinnützigen Anstalten verwendet; alles, was nur entfernt an den kaiserlichen Hof erinnert, Hoflieferantenschilder usw. durch rote Fahnen mit revolutionären Inschriften verhängt, die Fenster des Winterpalais mit Zeitungs- oder Packpapier verklebt“. Auf den Straßen drängten sich „Typen, die früher in entlegenen Stadtteilen heimisch waren und nun auf einmal die Herren spielen wollen“.

Auch in Moskau beobachtete Mirbach „vollkommene Verwahrlosung, starrenden Schmutz und Spuren der sinnlosen Zerstörung“.

Paradoxaerweise erwies sich das politische und wirtschaftliche Chaos, das der Anarchie zugrunde lag, als Vorteil für Lenin. Das neue Regime bezog gerade aus der Zertrümmerung der überkommenen Strukturen „wesentliche Stabilität“, wie der Historiker Manfred Hildermeier festgestellt hat: Denn dadurch wurde „auch die Entfaltung von Alternativen verhindert“. Die Verfassunggebende Versammlung ließ Lenin auseinanderreiben, Arbeiter übernahmen die Unternehmen, die Armee wurde demokratisiert.

Den Deutschen war das Durcheinander recht, wie Außenstaatssekretär Kühlmann freimütig einräumte. Er sah in der „Sprengung des feindlichen Ringes“ um Deutschland den „größten politischen Erfolg“ des Krieges. Jedes „Eingreifen Deutschlands zur Konsolidierung der russischen Verhältnisse erscheint daher verfehlt“.

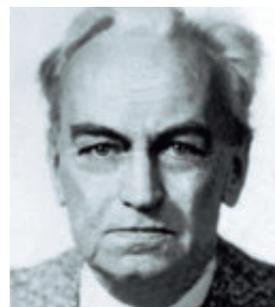
Nur stürzen durften die Bolschewiki nicht. Mit Sorge verfolgte daher die deutsche Regierung, dass sich im Mai 1918 Le-



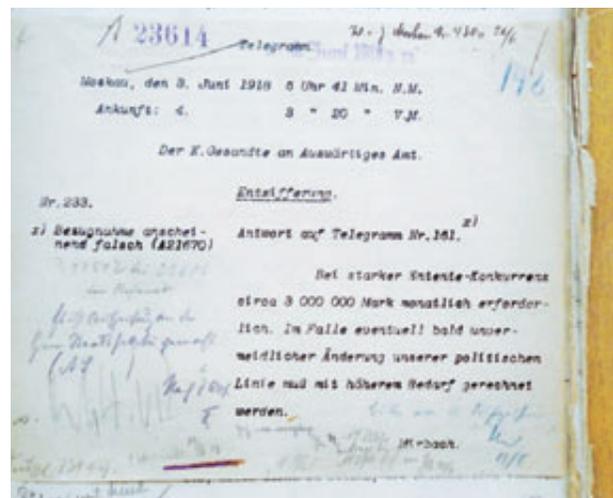
„Es ist gefährlich, unser Los noch ferner mit den streikenden Bolschewiki zu vereinen.“

nins Lage zuspitzte. Noch verfügte der Regierungschef nicht über die uneingeschränkte Macht der späteren Jahre. Es gab noch linke Oppositionsparteien wie die Sozialrevolutionäre. Empört über den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und den Vormarsch des deutschen Heeres, verlangten diese eine Wiederaufnahme der Kämpfe an der Seite der Entente oder zumindest einen Partisanenkrieg gegen die kaiserlichen Soldaten.

Den deutschen Akten zufolge haben Bestechungsgelder aus der Kasse des Reiches maßgeblich dazu beigetragen, dass alles blieb, wie es war. Es sei gelungen, „die Bolschewisten davon abzuhalten, in das Entente-Fahrwasser hinüberzuschwenken“, berichtete Staatssekretär Kühlmann



Diplomaten Riezler, Mirbach: „Fragwürdige Gestalten“



Mirbach-Telegramm (1918): „Höherer Bedarf“



Rotgardisten (in Petrograd 1919): „Leute in denkbar rohester Weise hingeschlachtet“

am 5. Juni 1918 in Berlin. Man habe dafür allerdings „größere Summen aufwenden“ müssen.

Mirbach, dem nicht entging, dass auch die Alliierten Millionen an diverse Dunkelmänner verteilten, um Russland wieder in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen, bezifferte seinen monatlichen Bestechungsbedarf auf etwa drei Millionen Mark: „Nie war das käufliche Russland käuflicher als jetzt.“

Anfang Juni 1918 hatte Mirbach den Fonds ausgeschöpft. Staatssekretär Kühlmann verlangte daraufhin von seinem Kollegen im Reichsschatzamt weitere Mittel, wie aus einer Notiz im Archiv des Auswärtigen Amtes hervorgeht: „Während der Herrschaft der Bolschewiki werden wir versuchen müssen, alles daranzusetzen, die Bolschewiken vor einer anderen Orientierung zu bewahren. Das kostet Geld, wahrscheinlich viel Geld.“ Andererseits müsse man auch versuchen „für den Fall des Sturzes der Bolschewiken uns einen möglichst gefahrlosen Übergang zu sichern. Auch das wird viel Geld kosten“. Kühlmann forderte und bekam 40 Millionen Mark.

Wem unter den Bolschewiki Mirbach welche Summen übergab, wird wohl nie geklärt werden. Vermutlich wusste es nicht einmal die Zentrale in Berlin; Mirbach konnte man schon bald nicht mehr befragen, weil der Graf für die unheilige deutsch-sowjetische Allianz mit dem Leben bezahlte.

Am 6. Juli sprachen zwei Sozialrevolutionäre in der Botschaft vor, verlangten den Adligen in einer persönlichen Angelegenheit zu sprechen und zeigten ein Empfehlungsschreiben. Mirbach begab sich mit den Besuchern in sein Arbeitszimmer und setzte sich an den breiten Marmortisch. Nach einigen Sätzen über einen angeblichen entfernten Verwandten des Botschafters zo-

gen die Männer auf einmal Pistolen aus ihren Aktentaschen. Der Diplomat sprang auf und stürzte los, aber nach wenigen Metern traf ihn ein Schuss in den Hinterkopf. Das Attentat war Teil eines Aufstandes der Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiki; Lenin schlug ihn blutig nieder.

Es zählt zur Tragödie der Familie Mirbach, dass sie Jahre später ein weiteres Terroropfer zu beklagen hatte: 1975 ermordete die RAF in Stockholm Andreas Baron von Mirbach, Militärattaché bei der deutschen Botschaft und entfernter Verwandter des Moskauer Botschafters.

Lenin hatte Mirbach nie gemocht; der sei ein „kapitalistischer Hai“, ätzte der Regierungschef, was ganz fehlging. Mirbach repräsentierte jene aristokratische Welt, die nach dem Ersten Weltkrieg unterging. Noch am Tag des Attentats erschien Lenin am Tatort. Sein Beileid wirkte auf die Deutschen „kalt wie eine Hundeschnauze“.

Sowjetrussland glich inzwischen einer belagerten Festung: Im Norden bei Murmansk waren Briten und Amerikaner gelandet, im Süden wehrte sich die Rote Armee gegen konterrevolutionäre Kosaken, in Samara an der Wolga hatte sich eine Gegenregierung etabliert und Truppen in Marsch gesetzt, und gegen Baku stießen die Türken vor.

Kaiser Wilhelm trommelte nun für einen Richtungswechsel: „Es ist gefährlich, unser Los noch ferner mit den sterbenden Bolschewiki zu vereinen!“ Selbst im Auswärtigen Amt wuchs die Skepsis, ob sich die Bolschewiki würden halten können. In dieser Zeit kassierten auch ihre Gegner, etwa die Donkosaken oder monarchistische Kreise, Millionen aus deutschen Tresoren, wie der Historiker Winfried Baumgart schon vor Jahrzehnten in einer spektakulären Studie nachgewiesen hat.

Berlin wollte sich potentielle Nachfolger Lenins gegenhalten.

Am Ende setzte sich Paul von Hintze durch, ein meist übertrieben elegant gekleideter Admiral, der gerade die Nachfolge Kühlmanns als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes angetreten hatte.

Auch Hintze hielt die Bolschewiki für „üble und höchst antipathische Leute“, doch gerade weil sie so geschwächt waren, wollte er sie nicht fallenlassen. In Berlin verhandelten beide Seiten gerade ein Abkommen, das den Frieden von Brest-Litowsk ergänzen sollte. Lenin verzichtete darin auch noch auf Estland und Livland, die einst zum Zarenreich gehört hatten, und sagte der Berliner Regierung sechs Milliarden Mark zu, teilweise in Gold. Dafür versprach Wilhelm II., seine Truppen, die immer noch am Don standen, endlich hinter die Demarkationslinie des Friedens von Brest-Litowsk zurückzuziehen.

O-Ton Hintze: „Wir haben aus ihnen (*den Bolschewiki* –Red.) herausgeschlagen, was wir konnten, unser Streben nach Sieg verlangt, dass wir damit fortfahren, solange sie noch am Ruder sind. Ob wir gern oder ungern mit ihnen arbeiten, ist belanglos ...“ Der Außenstaatssekretär sah in dem Zusatzabkommen einen „Rechtstitel“ (Historiker Baumgart), den er auch einer Nachfolgeregierung präsentieren könnte.

Hintze ließ sogar Überlegungen anstellen, wie sich die Bolschewiki nach einem Sturz mit Hilfe deutscher Truppen wieder an die Macht bringen ließen.

Die Weltgeschichte wäre mit großer Wahrscheinlichkeit anders verlaufen, wenn die Führung des Reiches in dieser Situation den Kurs gewechselt hätte. Generalquartiermeister Erich Ludendorff, der führende Hardliner im deutschen Hauptquartier und später zeitweilige Wegbegleiter Adolf Hitlers, hatte bereits mehrere Divisionen versammelt. Deutsche Truppen besetzten damals das Baltikum, von dort war es nach Petrograd nicht weit. Ludendorff wollte mit seinen Männern gegen die Alliierten in Nordrussland ziehen und auf dem Weg dorthin die Bolschewiki aus der ehemaligen Hauptstadt vertreiben.

Und in Moskau hielten die Anführer der sogenannten Letten-Regimenter Verbindung zur deutschen Botschaft. Nur diese Einheiten hatte Lenin aus der zaristischen Armee geschlossen übernommen; sie galten als ihm ergeben. Ihr Hauptinteresse bestand allerdings in der Heimkehr nach Lettland, und diese sahen sie zunehmend durch die Deutschen und nicht Lenin gesichert. Nach Einschätzung des Generalkonsuls waren die lettischen Soldaten in der Lage, die sowjetische Führung zu verhaften und die Stadt bis zu einem Entsatz durch deutsche Truppen zu halten. Und sie scheinen dazu auch bereit gewesen zu sein.



Hinrichtung der Zarenfamilie 1918*: Im Keller eines Wohnhauses erschossen

Welche Bedeutung Lenin dem deutschen Votum zumaß, zeigte sich am 29. Juli 1918. In einer Geheimsitzung im Kreml schlug er den Genossen vor, das „Spiel zeitweilig verloren zu geben und Moskau zu verlassen“. Mitten in die Aussprache platzte Außenminister Georgij Tschitscherin, der gerade aus einer Besprechung in der deutschen Botschaft kam. Tschitscherin berichtete, dass man auf Berlin zählen könne. Da beruhigte sich die Stimmung, und Lenin zog seinen Vorschlag zurück.



„Die Zustände in Petersburg und im übrigen Russland spotten jeder Beschreibung.“

Einige Tage später schlug Tschitscherin den Deutschen sogar vor, gemeinsam mit der Roten Armee gegen Briten und Amerikaner in Nordrussland und gegen die Freiwilligenarmee des antibolschewistischen Generals Michail Alexejew im Kubangebiet zu kämpfen, also in den Bürgerkrieg direkt einzugreifen. Ein offenes Bündnis sei zwar unmöglich, wohl aber eine „tatsächliche Parallelaktion“.

Trotz Zusage des Auswärtigen Amtes ist es dazu dann nicht gekommen.

Immerhin versicherten die Deutschen Lenin, nicht auf Petrograd zu marschieren, was es diesem ermöglichte, in höchst bedrängter Lage Truppen abzuziehen und an seiner Ostfront einzusetzen.

Dass die scheinbar vor dem Fall stehenden Bolschewiki das Land nach einem At-

tentat auf Lenin dann mit grausigem Terror überzogen, entging ihren deutschen Verbündeten nicht. Am 13. September 1918 etwa meldete ein deutscher Hauptmann Eylers aus Petrograd:

„Die Zustände in Petersburg und im übrigen Russland spotten jeder Beschreibung ... Die Leute werden ohne jedes gerichtliche Verfahren in denkbar rohester Weise hingeschlachtet.“ Betrunkene Rotgardisten würden Gefangene „als Zielscheiben zum Revolverschießen“ verwenden und nicht einmal Frauen und Kinder schonen.

Eylers appellierte an die deutsche Regierung, nur diese könne dem „unmenschlichen Treiben durch einen sofortigen Einmarsch und durch rücksichtslose Vernichtung dieser feigen Mörderbande ein Ende bereiten ...“

Auch Eugenio Pacelli, damals Nuntius im Königreich Bayern und später Papst Pius XII., fordert die Regierung in Berlin auf, sie möge bei Lenin ein Ende des Gemetzels erwirken. Doch das Auswärtige Amt gab die Anweisung: „Von allgemeinen Vorstellungen bei der Räte-Regierung ist abzusehen.“ In der deutschen Öffentlichkeit erklärte Außenstaatssekretär Hintze, der es besser wusste, dass die Berichte über die Greuel „stark übertrieben“ seien.

Dem Roten Terror des Sommers 1918 fielen auch der ehemalige Zar und seine Familie in ihrem Exilort Jekaterinburg, 1700 Kilometer entfernt von Moskau, zum Opfer. Lenin wollte nicht, dass sie im Falle seines Sturzes von seinen Gegnern befreit würden. Ein Kommando Tschekisten hatte daher schon im Juli Nikolai II., die

* Illustration von 1922.

Zarin, die fünf Kinder sowie den Hausarzt und drei Bedienstete erschossen, im Keller eines Wohnhauses.

Bis heute streiten Experten, ob Wilhelm II. seinen Vetter hätte retten können. Dass die beiden füreinander nie viel übrig hatten, ist kein Geheimnis. Dennoch hatte Wilhelm im März 1917 dem Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung gedroht, er werde ihn persönlich dafür verantwortlich machen, sollte der Zarenfamilie ein Haar gekrümmt werden.

Gegenüber den Bolschewiki zeigte sich Wilhelm dann nicht so entschlossen. Die an ihn herangetragene Bitte, dem Zaren Asyl zu gewähren, lehnte Monarch Wilhelm mit dem Argument ab, die Russen könnten darin einen Versuch sehen, die Monarchie in Russland wieder einzuführen. Er ließ nur „eindringliche Mahnungen“ an die Bolschewiki übermitteln, den Zaren nicht zu töten. Von nachhaltigen Forderungen, gar einem Junktim, also einer Verknüpfung mit anderen politischen Fragen, ist nichts bekannt.

Bezeichnenderweise kommentierte Wilhelm die Nachricht vom Mord an seinem Verwandten allein mit kaltem Blick auf die politische Lage, wie aus einem Bericht des Legationsrats Werner Freiherr von Grünau aus dem Sonderzug des Kaisers hervorgeht:

„Seine Majestät haben bemerkt, dass ... wir nun dem übrigen Russland gegenüber in schwieriger Lage seien. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Entente uns nicht für Ermordung verantwortlich mache; der Versuch werde sicher gemacht werden.“

Nur für die Zarin Alexandra, geborene Alice von Hessen-Darmstadt, und ihre Schwester, verwandten sich deutsche Diplomaten mit Nachdruck. Sie verlangten von den Bolschewiki, den Damen „mit aller möglicher Rücksichtnahme zu begegnen“. Da die deutschen Stellen über keine eigenen Informationsquellen verfügten, blieb ihnen allerdings nichts anderes übrig, als den Auskünften der Bolschewiki zu glauben, alles sei in bester Ordnung.

Diese hielten noch Jahre nach dem Mord die Mär aufrecht, der Zar sei zwar tot, die Familie Nikolais hingegen am Leben. Lenins Unterhändler besaßen sogar die Chuzpe und erklärten den Deutschen, man könne über eine Freilassung der Zarin und ihrer Kinder sprechen, wenn im Gegenzug die Deutschen eine „gleiche russische Verwendung“ für „unbequeme Persönlichkeiten in Deutschland zuließen“.



Ex-Monarch Wilhelm II. im Exil (um 1935)
Hätte er seinen Vetter retten können?

Lenin zielte damit auf Leute wie Karl Liebknecht ab, später Mitbegründer der KPD, der wegen Hochverrats in Luckau in der Lausitz einsaß.

Das war im September 1918, die Zarin war seit zwei Monaten tot, und so langsam dämmerte es den deutschen Strategen, dass sie am Ende die Verlierer des Zweckbündnisses zwischen Lenin und dem Hohenzollernreich sein würden. Denn sie hatten die Chancen nicht genutzt, die ihnen Lenins Machtergreifung geboten hatte.

Bis zu eine Million Soldaten hatten die deutschen Vorstöße im Osten Europas gebunden, Hunderttausende mussten die besetzten Gebiete sichern – während der Krieg im Westen verloren ging. Am 29. September plädierten auch die Generäle Hindenburg und Ludendorff für ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an die britischen, französischen und amerikanischen Sieger.

Zum Schluss trauten sich Wilhelms Generäle nicht einmal mehr, Soldaten aus der Ukraine oder dem Baltikum an die Westfront zu verlegen, weil die Männer inzwischen als unzuverlässig galten: Sie sympathisierten mit Lenins Revolution. Eine Anfrage der Bolschewiki, ob sie 20 000 Ma-

schinengewehre, 200 000 Gewehre und 500 Millionen Patronen haben könnten, lehnte die Oberste Heeresleitung mit dem Hinweis ab, es bestehe die Gefahr, dass die Waffen „vielleicht später auch gegen uns verwendet werden könnten“.

Denn so kühl wie das Auswärtige Amt kalkulierte auch Lenin, und während er den Sommer über in Moskau mit dem Kaiserreich kooperierte, scheute er zugleich weder Geld noch Aufwand, jene Genossen im Reich zu unterstützen, die eine deutsche Sowjetrepublik anstrebten.

Die deutschen Stellen hätten gewarnt sein müssen – es war die gleiche Revolutionierungspolitik, die sie in den Jahren zuvor unterstützt hatten, als es gegen den Zaren ging. Ausgiebig war ihnen dabei Alexander Helphand („Parvus“) zur Hand gegangen, „die graue Eminenz der Revolution“, wie Parvus-Biografin Elisabeth Heresch schreibt. Auch Helphand zählte zu den Verlierern – seinen Traum, in der ersten revolutionären russischen Regierung mitwirken zu können, erfüllte Lenin ihm nicht. Der zielte nun auf seinen früheren heimlichen Förderer Wilhelm II., wie sein Botschafter in Berlin später freimütig berichtete:

„Ich kaufte Waffen für die Revolutionäre und gab dafür 100 000 Mark aus. Tonnen von antimonarchistischer ... Literatur wurden gedruckt und verbreitet. Wir wollten die Monarchie niederreißen und den Krieg beenden.“ Möglicherweise ist sogar ein Teil jener Millionen, die das Auswärtige Amt einsetzte, um Lenin an der Macht zu halten, auf Umwegen nach Berlin zurückgeflossen.

Am 5. November 1918 brach Wilhelm II. die Beziehungen zu Sowjetrußland ab, das nicht mehr gebraucht wurde. Sechs Tage später unterzeichnete eine deutsche Delegation die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten, mit denen der Frieden von Brest-Litowsk aufgehoben wurde. Statt Territorium zu gewinnen, verlor Deutschland im Frieden von Versailles ein Siebtel seines Gebiets. Und auch Wilhelm war nicht mehr zu halten und flüchtete – weil er partout nicht als Soldat im Kampf fallen wollte – ins Exil nach Doorn in die Niederlande. Dort lebte Wilhelm der Letzte bis 1941.

Von Moskau aus höhnte Lenin, der deutsche Imperialismus habe sich unglaublich aufgebläht und sei „unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt“.

Es mag als Form historischer Gerechtigkeit angesehen werden, dass sich über die Implosion des von Lenin gegründeten Sowjetimperiums Gleiches sagen lässt. Das geschah allerdings erst etliche Jahrzehnte später.

KLAUS WIEGREFFE;
FLORIAN ALTENHÖNER, HEIKO BUSCHKE,
ANIKA ZELLER

ENDE

Helphand-Biografin

Elisabeth Heresch ist Autorin mehrerer Bücher zur Geschichte Russlands. Die österreichische Slawistin schrieb unter anderem über „Nikolaus II.“, „Alexander Lebed“ und „Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution“.

